**Antiimperialistische Einheitsfront > Beispiel 30iger Jahre**

 **Wie der Faschismus damals verhindert werden können**

Am Sonntag, dem 28. Januar 2018 um 10.00 Uhr

führt die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) eine Gedenkverstanstaltung zum Anlass des von der Dresdner Polizei 1933 verübten Terrorakts im Keglerheim durch.

Ort: Dresden-Friedrichstadt, Kreuzung Friedrich- u. Weißeritzstr..

Zum politischen Hintergrund

Am 13. November 1932 fanden in Sachsen Kommunalwahlen statt. Sie brachten eine Stärkung der KPD, bei gleichzeitiger Schwächung der SPD und katastrophalem Einbruch an Stimmen für die NSDAP. Mit der Zerfallserscheinung in der NSDAP verlor die Bourgeoisie die letzte Möglichkeit, die revolutionäre Arbeiterbewegung zu bekämpfen. Führende Köpfe des Kapitals: Schacht, Schröder, Thyssen, Vögler, Krupp u.a. wandten sich an Reichspräsident Hindenburg mit der Forderung, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen.
Für den 22. Januar 1933 bereiteten die Nazis einen Aufmarsch vor dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin, dem Sitz des ZK der KPD, vor. Der Vorschlag der KPD an die SPD-Führung diese Provokation durch eine gemeinsame außer-parlamentarische Aktion abzuwehren wurde von dieser abgelehnt, da sie nur „gesetzliche“ Mittel anzuwenden bereit war. So konnten am 22. Januar die Faschisten unter dem Schutz von 15.000 Polizisten in der Nähe des Karl-Liebknecht-Hauses aufmarschieren. Die KPD führte daraufhin am 25. Januar 1933 landesweit eine Protestaktion gegen diese faschistische Provokation durch.

In Dresden war die Situation der Nazis besonders günstig, da der Staatsapparat - insbesondere die Polizei - in starkem Maße von Faschisten durchsetzt war. So wurde für die Protestaktion der Kommunisten von der Dresdner Polizei wiederum eine Provokation geplant, die als „Blutbad im Keglerheim“ Geschichte machte.

Zu den Ereignissen im Keglerheim

Sowohl in Berlin wie auch in Dresden führte die KPD am 25. Januar Protestaktionen durch. In Dresden begann die Protestaktion mit einer Kundgebung auf dem Bönischplatz, auf der zur Einheitsfront gegen den Faschismus aufgerufen wurde. Dieser Aufruf richtete sich an die sozialdemokratischen Arbeiter, deren Führung aufgrund ihrer defensiven Haltung Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse vorgeworfen wurde.

Nach Abschluß der Kundgebung formierte sich ein Zug von ca. 1.200 Arbeiter, der zum Keglerheim in die Friedrichstrasse zog. Die Polizei versuchte mehrfach den Zug aufzulösen. Der Saal im Keglerheim war mit einer geschätzten Besucherzahl zwischen 600 bis 800 Menschen völlig überfüllt. Der Referent „Fraedrich“ - Mitglied der KPD - sprach über die Krise, die volksfeindlichen Maßnahmen der Regierung und über die Rolle der Nazis in der Politik der Bourgeoisie. Als der Redner den Terror der Nazis anprangerte, wurde mit polizeilicher Gewalt die Versammlung aufgelöst. Hierbei fielen von Seiten der faschistischen Polizei Schüsse, die 9 Tote, 12 Schwerverletzte und zahlreiche Leichtverletzte unter den Arbeitern forderten.

Zu den 9 Toten zählten:

Fritz Domaschke

Walter Liebscher

Paul Eichhorn

Paul Maiwald

Kurt Förster

Richard Michel

Kurt Göbel

Adolf Sommerfeld

Herrmann Koch

Das Presseamt des Polizeipräsidiums rechtfertigte das Blutbad mit der Lüge, die Polizei habe in Notwehr gehandelt, da angeblich von Seiten der Versammlungs-Besucher auf die Polizei geschossen worden wäre. Hierbei sei angemerkt, daß auf Seiten der Polizei kein Einziger verletzt wurde. In der Folge wurden Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge in der Stadt polizeilich verboten.

Zur Haltung der KPD

Die Bezirksleitung der KPD in Sachsen warnte aufgrund des Blutbads im Keglerheim in einem Aufruf vor einem Staatsstreich der Bourgeoisie und forderte von den Arbeitern sich in einer Einheitsfront zu organisieren, Protestdemonstrationen und Proteststreiks durchzuführen und am Tage der Beerdigung der Opfer die Arbeit einzustellen und Delegationen zur Beerdigung zu entsenden. Sie forderte weiterhin die Bildung eines unabhängigen Untersuchungsausschusses und die Bestrafung der für das Blutbad Verantwortlichen. Die KPD erkannte, daß ihre Forderungen bei der zunehmenden Faschisierung des Staatsapparates nur im außerparlamentarischen Massenkampf durchzusetzen war.

Zur Haltung der SPD

Die SPD-Führung forderte ebenfalls die unabhängige Untersuchung der Vorfälle im Keglerheim, distanzierte sich allerdings ausdrücklich vom außerparlamentarischen Kampf. So verbot der SPD-Parteivorstand, am Proteststreik am Tag der Beerdigung der Ermordeten teilzunehmen.

Die Entwicklung der antifaschistischen Kampffront unter Führung der KPD

Nach dem Blutbad im Keglerheim am 25. Januar 1933 kam es in Dresden trotz Verbots zu Demonstrationen und Proteststreiks in Betrieben, zu denen zahlreiche Betriebsräte und Belegschaftsvertreter aufriefen. Im Aufruf wurde festgestellt, daß das Blutbad im Keglerheim eine Provokation der Gesamtarbeiterschaft und eine bewußte Maßnahme zur Vorbereitung der offenen faschistischen Diktatur gewesen sei. In den Betrieben wurde für die Hinterbliebenen der Opfer gesammelt. Auf einer Massenprotestkundgebung, zu der die KPD aufrief, forderte ein Redner der KPD-Bezirksleitung Sachsen die Arbeiter auf, am Tag der Beerdigung der Opfer in den Proteststreik zu treten.

Die Auswirkung der Dresdner Ereignisse auf die weitere Entwicklung in Deutschland

Die Protestbewegung ging weit über die Grenzen Dresdens hinaus. Auch in umliegenden Ortschaften von Freital, Pirna, Bautzen und Freiberg bis Leipzig und Gotha kam es zu Protestdemonstrationen. Inzwischen fälschte die Bourgeoisie die Dresdner Ereignisse um, Sodas in der Presse von kommunistischen Ausschreitungen die Rede war. Die einflußreichsten Kreise des Monopolkapitals forderten die Verschärfung der profaschistischen Politik zur Niederhaltung der Arbeiterbewegung und der kommunistischen Partei. In dieser Situation wurden die Verhandlungen der Monopolisten und Junker mit den Nazis über deren Machtübernahme zum Abschluß gebracht. Die Forderungen der Reaktion an Hindenburg, Hitler zum Reichskanzler zu berufen, die nach den November-Wahlen einsetzten, verstärkten sich noch, indem nun auch die Reichswehr eingriff.

Am 30. Januar 1933 ernannte Hindenburg Hitler zum Reichskanzler. Angesichts der Gefahr, die damit für das deutsche Volk heraufzog, wandte sich das ZK der KPD an die Führung der SPD und des ADGB mit dem Vorschlag, die Hitlerregierung durch einen Generalstreik zu stürzen um das deutsche Volk vor einer Katastrophe zu bewahren. Die Vorstände der SPD und des ADGB lehnten jedoch ab.

In Dresden führte die SPD am 30.1.1933, am Tag der Einsetzung der Hitlerregierung, am Tag vor der Beisetzung der Opfer der Blutnacht sechs „Protestversammlungen“ durch. Dort wurde gesagt, daß Hitler zwar abwirtschaften würde, daß aber auch Abwehrkämpfe notwendig seien. Weiterhin hieß es, daß die Aufforderung der „Arbeiterstimme“ (der damaligen Tageszeitung der KPD) an die Belegschaften einen „Streik gegen die Hitler-Diktatur“ durchzuführen, sinnlos wäre, da ohne einheitliche zentrale Führung aller Arbeiterorganisationen kein Kampf siegreich sein kann.

Mit dieser Haltung arbeitete die SPD-Führung der faschistischen Regierung in die Hand, die ihre Macht festigen und ausbauen konnte.

Die antifaschistische Einheitsfrontdemonstration in Dresden

Am 31. Januar 1933 fand eine antifaschistische Einheitsfrontdemonstration gegen den Faschismus anläßlich der Beisetzung der Opfer statt, an der sich trotz des Verbots des SPD-Parteivorstands zahlreiche sozialdemokratische Arbeiter beteiligten. In der Stübelallee formierten sich über 30.000 Arbeiter, unter anderem Genossen des verbotenen roten Frontkämpferbundes, der Roten Hilfe, des Reichsbanner und andere Antifaschisten, in einem gewaltigen Demonstrationszug zum Friedhof Tolkewitz, auf dem die Beisetzung der ermordeten Genossen stattfand.

Welche Lehren ergeben sich aus dem Blutbad und dem Kampf der Dresdner Arbeiter gegen den Faschismus?

Als sich in der Weltwirtschaftskrise die Klassengegensätze verschärften und die Arbeiterklasse unter Führung der KPD die kapitalistische Herrschaft bedrohte, errichtete sie die faschistische Diktatur und stürzte die Völker in den 2. Weltkrieg. Das Blutbad im Keglerheim war nur ein Schritt auf diesem Weg.

Spaltung schwächt und Einheit stärkt die Arbeiterklasse. Die Zusammenarbeit der rechten SPD-Führer mit der Bourgeoisie und ihre Ablehnung des außerparlamentarischen Kampfes und ihre Feindschaft gegenüber dem Marxismus-Leninismus spaltete die Arbeiterklasse und ermöglichte der Bourgeoisie die Errichtung der faschistischen Diktatur.

Im Kampf gegen die Schuldigen am Blutbad im Keglerheim und gegen die drohende faschistische Gefahr wuchs unter Führung der KPD die Aktionseinheit der Arbeiterklasse in Dresden. Diese gemeinsame Front aller Antifaschisten erzwang die gewaltige Einheitsfrontdemonstration vom 31. Januar 1933.

Dieses Beispiel zeigt, daß die Aktionseinheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland den Machtantritt des Faschismus hätte verhindern können.

Quelle:

<https://www.facebook.com/stephan.messerschmidt/posts/1502619616517583>